

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderäte Maximilian Krauss, MA (FPÖ) und Stefan Berger (FPÖ) zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Bildung, Jugend, Integration und Transparenz) für den Gemeinderat am 27.06.2023 - 28.06.2023.

Entbürokratisierung der Schulen

Nach einem offenen Brief der Wiener Pflichtschuldirektoren legt nun die Lehrgewerkschaft mit einem Befund nach: Österreichs Schulen würden seit Jahren „in Verwaltung, Bürokratie und sinnbefreiten Abfragen versinken.

Die Schulleiter hatten über „permanente Überbelastung“ durch Bürokratie geklagt und einen runden Tisch mit Bildungsressort und Stadt Wien gefordert. Deshalb wird seit Jahren ein Abbau von Bürokratie und mehr Unterstützungspersonal gefordert, damit sich Direktoren sowie Lehrkräfte wieder auf ihre Kernaufgaben – Pädagogik, Unterricht und Erziehung – konzentrieren könnten. Die Behörden wüssten teilweise überhaupt nicht, wie die Realität an den Schulen aussieht und wie hoch die Belastung der Schulleitungen und Lehrkräften bereits sei. Wenn nicht sofort Maßnahmen ergriffen werden, um die Belastung der Schulstandorte zu senken, wird es aufgrund der hohen Belastungssituation zu weiteren Ausfällen kommen.

Erst vor einem Jahr hatte eine Gruppe Bildungswissenschaftler, Schulleiter und Personen aus der Bildungsadministration nach einer wissenschaftlichen Tagung zum Thema Schulqualität einen Appell an Bildungsminister Polaschek veröffentlicht, die Schulen von Administration zu entlasten. Ein Gutteil der Arbeitszeit gehe für administrative Aufgaben drauf, die auch Hilfskräfte erledigen könnten, so damals das Ergebnis einer Befragung von 40 Schulleitern aus ganz Österreich.

Für die Arbeit an der Verbesserung des Lehrens und Lernens an den Schulen bleibe dadurch zu wenig und manchmal gar keine Zeit. Dazu komme, dass die Schulleitungen zu wenig Spielraum hätten, um wirklich zu gestalten. Die Folge: Auf Ausschreibungen für Schulleitungsposten gebe es zu wenige oder gar keine Bewerbungen.

Im Bildungsministerium wurde betont, dass die Vereinigung von Wiener Pflichtschuldirektoren in ihrem offenen Brief zahlreiche wienspezifische Problemstellungen angeführt habe, etwa bei der Kritik an Softwarelösungen und

dem Planstellenmanagement. Als Dienstgeberin und Schulerhalterin ist hier in erste Linie die Stadt Wien gefordert.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

Beschlussantrag

Der Wiener Gemeinderat fordert den zuständigen Bundesminister auf gemeinsam mit den Schulbehörden jene Maßnahmen zu schaffen und umzusetzen, damit überbordete Bürokratie im Schulbereich abgebaut, Lehrpersonal von Verwaltungsaufgaben entlastet und weiteres Unterstützungspersonal zur Verfügung gestellt wird.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

